CDU-Politiker: Aufenthaltszusage der Regierung an Asia Bibi

22. November 2018

Köln (KNA) Die Bundesregierung hat der verfolgten Christin Asia Bibi offenbar eine Aufenthaltszusage erteilt. Das sagte der Vorsitzende des Stephanus-Kreises der Unionsfraktion, Heribert Hirte (CDU), am Mittwoch domradio.de. Die Entscheidung, ob sie mit ihrer engsten Familie nach Deutschland kommen wolle, liege nun bei Bibi. Zu prüfen sei, wie die fünffache Mutter Pakistan sicher verlassen könne. Drei weitere Länder haben Bibi demnach ähnliche Zusagen gegeben, nämlich Frankreich, Großbritannien und Kanada.

Bibi war in Pakistan als erste Christin wegen Gotteslästerung angeklagt und 2010 zum Tode verurteilt worden. 2015 ordnete ein Gericht die vorläufige Aussetzung der Vollstreckung der Todesstrafe an. Ende Oktober 2018 sprach sie das Oberste Gericht überraschend frei. Danach kam es in ganz Pakistan zu gewalttätigen Protesten der radikalislamischen Partei Tehreek-e-Labbaik Pakistan (TLP).

Hirte sagte, für die Zusage seien zunächst Gespräche notwendig gewesen, etwa mit der pakistanischen Regierung. Die direkte Genehmigung eines Asylantrags bedeute, dass das Land Bibi auch ausreisen lassen müsse. Die Richter, die Bibi freigesprochen hatten, würden ebenfalls bedroht. Insofern gehöre auch für die Regierung „ein gehöriger Mut“ dazu, zu dem Urteil zu stehen und mit Deutschland zusammenzuarbeiten, um der Christin eine sichere Ausreise zu ermöglichen.

Der Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerks missio Aachen, Klaus Krämer, begrüßte es, „dass die Bundesregierung einen Weg gefunden hat, Asia Bibi und ihren engsten Familienangehörigen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen“. Er lobte den Einsatz des Auswärtigen Amtes, von Politikern aus dem Bundestag, Asia Bibis Anwalt und den pakistanischen Regierungsstellen, „die im Hintergrund fieberhaft an einer Lösung“ arbeiten. „Jetzt kommt es auf Asia Bibi an, für welches Land sie sich zur Ausreise entscheidet.“

Am Dienstag hatte Bibis Anwalt erklärt, die Christin favorisiere kein bestimmtes europäisches Land, in das sie ausreisen möchte. „Sie hat keine besondere Vorliebe, ihr ist das völlig egal, jedes europäische Land wäre geeignet“, sagte er vor Journalisten in Frankfurt. Er selbst und seine Familie stehen seinen Angaben zufolge seit 2012 unter Polizeischutz.

(KNA – sllml-89-00178)

Stand: 13. November 2026